Kolumbien

Aufstand in den Bergen

● In Südamerika droht ein alter Konflikt wieder aufzubrechen: Geschätzt 2800 Rebellen der marxistischen Guerilla Farc, die offiziell ihre Waffen niedergelegt hat, wollen offenbar den bewaffneten Kampf wieder aufnehmen. Sie sind bereits in die Berge zurückgekehrt, wo sie sich neu organisieren. Unter den Anführern der einst 6000 Mann starken Farc, die sich in eine politische Partei verwandelt hat, tobt jetzt ein Streit über die Zukunft des 2016 geschlossenen Friedensabkommens mit der Regierung. Einige der einstigen Warlords haben offen Stellung gegen den ehemaligen Rebellenchef Rodrigo Londoño bezogen, der kurzzeitig Präsidentschaftskandidat war. Er verteidige »die bürgerliche Ordnung mit überraschender Inbrunst«, klagt etwa Joaquín Gómez, der zu Kriegszeiten dem Leitungsgremium der Farc angehörte. Londoño wird vorgeworfen, dass er willfährig auf die harte Politik des neuen konservativen Präsidenten Iván Duque reagiere. Dessen Regierung will das Friedensabkommen in Teilen revidieren und tritt für die Auslieferung ehemaliger Rebellen an die USA ein. Der Vertrag sieht jedoch vor, dass nur eine »Übergangsjustiz« in Kolumbien über mögliche Vergehen der früheren Guerilleros urteilt. Zudem sind mindestens 75 ehemalige Farc-Kämpfer seit 2016 ermordet worden, was weitere Ex-Rebellen zurück in den Untergrund treibt. Iván Márquez, einer der einflussreichsten Chefs der einstigen Rebellentruppe, hat sein Senatsmandat aus Protest gegen die Regierungspolitik gar nicht erst angetreten, er ist verschwunden und soll sich ebenfalls in die Berge zurückgezogen haben. Womöglich will auch er sich wieder bewaffnen. JGL

MADS NISSEN / LAIF

Farc-Kämpfer 2017

Chappatte

Afghanistan

»Hier ist es lebensgefährlich«

Rund 150 Afghanen, darunter ehemalige Angestellte der Bundeswehr, demonstrieren seit drei Wochen vor dem Bundeswehrlager bei Masar-i-Scharif. Zalmai Nikbin, 33, ist einer von ihnen. Er hat als Dolmetscher für die Soldaten gearbeitet.

SPIEGEL: Wofür demonstrieren Sie?
Nikbin: Wir sind Dolmetscher, Wächter, Putzkräfte oder Küchenhilfen der Bundeswehr. Aus verschiedenen Gründen wurden wir entlassen. Wir wollen nach Deutschland. Hier ist es lebensgefährlich für uns, weil wir für die Deutschen gearbeitet haben. Und die Taliban rücken vor.
SPIEGEL: Warum haben Sie sich überhaupt auf die Bundeswehr eingelassen? Sie wussten doch, dass die Taliban Sie dafür ins Visier nehmen könnten.
Nikbin: Ich dachte, dass die Anwesenheit der Deutschen Frieden und Sicherheit bringen würde. Aber die Deutschen sind gescheitert, gerade hier im Norden. Die Sicherheitslage ist so übel wie vor 14 Jahren. Unsere Feinde, die Taliban, befinden sich jetzt nur noch etwa 30 Kilometer vor der Stadt.
SPIEGEL: Hunderte Afghanen, die wegen ihrer Arbeit für die Bundeswehr gefährdet sind, wurden nach Deutschland gebracht. Warum Sie nicht?
Nikbin: Uns wurde gesagt, dass wir nicht in Gefahr seien. Aber das stimmt nicht. Ich war als Dolmetscher immer draußen, zusammen mit den deutschen Soldaten, jeder hat mich gesehen. Ich schicke meine Kinder nicht mehr in die Schule, weil ich Angst habe, dass die Taliban sie entführen.
SPIEGEL: Haben Sie beantragt, nach Deutschland gebracht zu werden?
Nikbin: Ja, der Antrag wurde auch zunächst angenommen. Ich hatte schon Reisepässe für meine Familie beantragt. Dann wurde er jedoch abgelehnt.
SPIEGEL: Warum?
Nikbin: Wegen Jugendsünden. Ich bin mit 14 Jahren allein nach Deutschland gekommen als Flüchtling. Ich bin dort zur Schule gegangen. Aber ich war jung und dumm, habe viel Mist gemacht und kam für 14 Monate in den Knast. 2005 wurde ich abgeschoben. Dafür werde ich immer wieder neu bestraft. Dabei habe ich mich verändert. RAS